

Rendezvous auf leisen Sohlen

TARIFPOLITIK Nach dem BAG-Urteil zum Streikrecht in kirchlichen Einrichtungen setzen alle Beteiligten auf Annäherung, in Niedersachsen peilen Verdi und Diakonie sogar einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag an. Andere Verbände sehen dafür keinen Bedarf.

Text: Jennifer Kramer

Wir verstärken unsere Aktionen in Richtung Tarifvertrag in kirchlichen Einrichtungen“, sagt Verdi-Sekretär Lorenz Ganterer aus Bayern. Das BAG-Urteil habe den Gewerkschaftern Rückenwind gegeben. Und nicht nur das: Bei den Diakonie- und Caritas-Beschäftigten häufe sich die Zahl der Nachfragen nach einem Verdi-Mitgliedsausweis. „Wir werden darauf weiter aufbauen und auch unsere betriebliche Aktionsfähigkeit ausbauen“, berichtet Ganterer.

Verschlossene Türen

Auch in Hamburg und Hessen hat die Mitgliederzahl von Diakonie-Mitarbeitern bei Verdi zugenommen. „Das sind vor allem Beschäftigte aus der stationären und ambulanten Altenhilfe“, berichtet Norbert Proske, der bei Verdi Hamburg für die Pflegeeinrichtungen zuständig ist. Auch Saskia Jensch von Verdi-Hessen sieht mehr Gewerkschaftsmitglieder aus der Diakonie kommen. Während sich die Gewerkschaft über jedes neue Mitglied freut, sind Verdianer bei Diakonie und Caritas nicht immer willkommen. Bei ihren Informations- und Aktionswoche zum Thema Urlaub hatte Verdi Anfang Juni die Diakonie-Klinik in Bad Kreuznach besuchen wollen und den Termin bereits Ende April mitgeteilt. Knapp anderthalb Monate später standen die Gewerkschafter vor verschlossenen Türen – die Kreuznacher Diakonie verweigerte der Gewerkschaft das Zugangsrecht.

Der Vorstand des Krankenhauses berief sich dabei auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1981, nach welchem betriebsfremde Gewerkschaftsbeauftragte kein Zutrittsrecht haben. Georg Scheffler-Borngässer, leitender Öffentlichkeitsreferent der Kreuznacher Diakonie bestätigt den Vorfall. „Juristisch ist die Lage völlig klar – das Urteil von 1981 hat Bestand.“ Er räumt indes ein, dass sich diese Rechtsposition nach dem BAG-Urteil von 2012 nicht mehr lange halten werde. Mit der Landeskirche hätten sich die Diakonischen Einrichtungen in Rheinland-Pfalz abgestimmt, dass – sobald Verdi in der Arbeitsrechtlichen Kommission am Tisch sitzt – die Gewerkschafter auch Zutritt zu den Einrichtungen hätten, um dort zu werben und Informati-

onen zu verteilen. „Verdi ist herzlich eingeladen, an der Kommission teilzunehmen“, sagt Scheffler-Borngässer. Verdi Hamburg machte ebenfalls Anfang Juni im evangelischen Hospital zum Heiligen Geist die gleiche Erfahrung wie die Kollegen in Bad Kreuznach. Eine Klage von Verdi zu einem ähnlichen Vorfall liegt bereits beim Arbeitsgericht in Hamburg.

Erfolgreicher lief es in Nordrhein-Westfalen. Nach den ersten beiden Warnstreiks der Beschäftigten der katholischen Reha-Klinik Schwertbad in Aachen Ende Mai und einem erneuten Aufruf zum Streik lenkte der Arbeitgeber ein. Anfang Juni fand die erste Verhandlungsrunde statt. Mitte Juni trafen sich Klinik-Geschäftsleitung und Verdi-Tarifkommission erneut. Der Arbeitgeber habe die Botschaft der Beschäftigten verstanden, sagt Verdi-Kommissionsmitglied Harald Meyer. Er unterstreiche seinen Verhandlungswillen mit der Zahlung von Einmalbeträgen im August und zu einem späteren Zeitpunkt von je 250 Euro.

Vorbildliche Einigung

Niedersachsen mausert sich derweil zu einem bundesweiten Vorbild in Sachen kirchlicher Tarifpolitik. Die dortige Annäherung zwischen Gewerkschaft und Diakonie, besiegelt durch eine Prozessvereinbarung, nach der beide Seiten erklären, bis Frühjahr 2014 einen „kirchengemäßen Tarifvertrag“ zu erarbeiten und zu verhandeln, schürt die Hoffnung auf einen ‚Tarifvertrag Soziales‘. Bevor das Paket Kirchentarif fertig geschnürt werden kann, einigten sich Diakonie und Verdi in einem Verhandlungstestlauf auf Entgeltsteigerungen von 5,5 Prozent für die Beschäftigten, die nach den AVR-K vergütet werden. Bevor die Mitarbeiter mehr Geld in ihren Lohntüten haben, muss das Verhandlungsergebnis von der Schlichtungskommission der Arbeitsrechtlichen Kommission noch rechtlich für verbindlich erklärt werden. Der Dritte Weg hat also noch Bestand, weil es bisher keine rechtliche Handhabe für die Verhandlung zwischen Verdi und Diakonie gibt.

Die Konföderation der evangelischen Kirchen in Niedersachsen müsse noch den Rechtsrahmen dafür schaffen.

**Optimismus, dass
die Vision unter dem
ökonomischen Druck
Realität wird.**

fen, dass kirchengemäße Tarifverträge abgeschlossen werden können, erläutert Hans-Peter Hoppe, Vorsitzender des Diakonischen Dienstgeberverbands Niedersachsen (DDN), den Fahrplan. Wenn sich die Konföderation geeinigt habe, müsse das Arbeitsrechtsregulierungsgesetz der Niedersächsischen Diakonie geändert werden. Dem müssten dann die fünf Synoden der Konföderation zustimmen.

Hans-Peter Hoppe treibt die „Vision eines allgemeinverbindlichen Tarifvertrags“ um. Bis der Antrag dafür beim Arbeitsministerium gestellt werden kann, liegt aber noch viel Arbeit vor den Arbeitnehmer- und Dienstgebervertretern. Zunächst müsste der angepeilte Tarifvertrag für 50 Prozent der Beschäftigten der Sozialbranche gelten. Das sei das erste Hindernis, so Hoppe: „Nicht alle Träger wollen eine Tarifgemeinschaft bilden.“ Dabei starren von AWO über Diakonie bis zum Paritätischen alle Beteiligten auf die privaten Pflegeanbieter. Der niedersächsische Landesgeschäftsführer des Bundesverbands privater Anbieter sozialer Dienste Henning Steinhoff bestätigt den Hinweis: „Nach dem derzeitigen Stand sind wir gegen eine Tarifgemeinschaft.“ Auch die niedersächsischen Landesverbände von DRK und Paritätären halten sich zurück. Beide zweifeln daran, dass ein gemeinsamer Tarifvertrag von den Pflegekassen refinanziert wird.

Dem widerspricht Rifat Fersahoglu-Weber, Vorstandsvorsitzender der AWO Braunschweig. Der Tarifvertrag der Braunschweiger AWO werde mittlerweile eins zu eins von den Kostenträgern refinanziert. Auch das künftig höhere Lohnniveau des diakonischen Tarifvertrags könne so erreicht werden: „Der Zeitplan sieht vor, dass Diakonie und AWO bis Frühjahr 2014 einheitliche Entgelthöhen haben“, sagt Fersahoglu-Weber. „Das wird die anderen Verbände zum Nachdenken bringen.“

Hans-Jürgen Marcus, Caritasdirektor der Diözese Hildesheim, favorisiert einen Lohntarif Soziales in abge-



AWO Braunschweig-Chef Fersahoglu-Weber, Verdi-Sekretärin Klausning, DDN-Vorsitzender Hoppe: Möglichst großen Nenner finden

speckter Form. Marcus überlegt, ob nicht alle Pflegekräfte, unabhängig vom Träger, einheitlich bezahlt werden könnten. Verdi kommt in seinem Modell nicht vor: „Wir haben im Gegensatz zur Diakonie einen sicheren Dritten Weg, es besteht für uns kein Grund, mit Verdi einen Tarifvertrag auszuhandeln.“ Die Caritas könne sich aber vorstellen, sich zumindest bei neu einzustellendem Personal einem gemeinsamen Mindeststandard anzuschließen. Denn bisher liegen die Gehälter der katholischen Arbeitgeber in Niedersachsen über denen von Verdi und Diakonie.

„Man müsste eher im Plural, also von Allgemeinverbindlichkeiten sprechen“, findet Gewerkschaftssekretärin Annette Klausning und ist sich da mit Hans-Jürgen Marcus von der Caritas und Hans-Peter Hoppe vom DDN einig. Danach wären Spartenstarife, etwa für die Altenhilfe oder den Rettungsdienst, die Lösung. Nach einem allgemeinverbindlichen Tarifvertrag müssten in Niedersachsen 150 000 Beschäftigte gleich vergütet werden. Nicht geklärt ist bisher allerdings, ob „unter Ausschluss des Streikrechts geschlossene ‚kirchliche Tarifverträge‘ die Voraussetzungen des Tarifvertragsgesetzes erfüllen“, wie Rechtsanwalt und Ex-Diakonie-Vorstand Bernd Schlüter erklärt.

Der einfachere Weg zu einer einheitlichen Vergütung könnte das Arbeitnehmer-Entsendegesetz sein. Eine vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales gebildete Kommission aus Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Dienstnehmer- und Geberseite der kirchlichen Verbände könnte gemeinsame Arbeitsbedingungen erarbeiten. Das Ministerium kann dies dann per Rechtsverordnung als verbindlich erklären. Dazu müssten sich jedoch alle Akteure einig werden.

Hans-Peter Hoppe lässt sich von den offenen Fragen nicht die gute Laune verderben: „Mein Optimismus, dass die Vision Realität wird, gründet sich auf dem ökonomischen Druck, dem alle Träger unterliegen.“